

nach der allgemeinen Erfahrung als begrüßenswertes Symptom anzusehen ist, zumal diese Ziffer ebenfalls den Höchstwert dieses Jahres darstellt. Die Ausfuhr fiel von 115·4 Millionen Schilling im Juni auf 108·1 im Juli. In bezug auf die Fertigwarenausfuhr war der Juli nach dem Tiefpunkt vom Jänner dieses Jahres der ungünstigste Monat.

Eine Gegenüberstellung der Erträge der öffentlichen Abgaben mit dem allgemeinen Geschäftsgang, die von besonderer Aktualität ist, findet sich auf dem beigegebenen Schaubild, auf dem außerdem die Eingänge aus den Monopolen dargestellt sind. Es zeigt sich, daß eine deutliche zeitliche Differenz zwischen der Bewegung des allgemeinen

Geschäftsganges und dem saisonbereinigten Dreimonatsdurchschnitt der öffentlichen Abgaben besteht. Da der Geschäftsgang seit 1929 bis in die jüngste Zeit eine Abwärtstendenz aufweist, die öffentlichen Abgaben dagegen erst seit 1930, und zwar zunächst ganz langsam zu sinken begannen, besteht begründete Wahrscheinlichkeit, daß die gegenwärtige tiefe Depression sich erst in einigen Monaten voll auf die Eingänge auswirken wird. Daher werden die eigentlichen Schwierigkeiten des Staatshaushaltes erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Geltung kommen und der tatsächliche Einnahmefall dürfte die gegenwärtig genannten Ziffern um ein erhebliches übertreffen.

GROSSBRITANNIEN.

Noch gegen Ende des ersten Vierteljahres 1931 hat es in England trotz der schweren Depressionssymptome nicht an Äußerungen und Maßnahmen gefehlt, in denen sich eine gewisse Zuversicht in die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ausdrückte; so insbesondere der Aufbau des vom Finanzminister eingebrachten Budgets sowie die unerwartete Diskontherabsetzung vom 14. Mai. Das zweite Vierteljahr hat diese optimistischeren Einschätzungen der nächsten Zukunft nicht bestätigt.

Was zunächst die Staatsfinanzen betrifft, so steht die britische Öffentlichkeit unter dem Eindrucke des Berichtes, den das von der Regierung im Februar dieses Jahres zur Überprüfung der budgetären Lage eingesetzte Komitee kürzlich veröffentlicht hat. Dieser Bericht („May-Report“, nach dem Vorsitzenden des Komitees) spricht die Befürchtung aus, daß das britische Staatsbudget für 1932 ein Defizit von 120 Millionen Pfund aufweisen werde, worunter allerdings 50 Millionen für Schuldentilgung und der Vorschuß an den Arbeitslosenfonds

enthalten sind. Die Sparmaßnahmen, die der May-Bericht vorschlägt, sollen eine Herabminderung des Jahresdefizits um $96\frac{1}{2}$ Millionen Pfund bringen. Hievon sollen zirka $66\frac{1}{2}$ Millionen — mehr als zwei Drittel — durch Ersparungen bei der Arbeitslosenversicherung (Kürzung der Leistungen um 20% , Erhöhung der Beiträge usw.), 13,6 Millionen durch Einschränkungen im Unterrichtsetat, zirka 7,9 Millionen durch Rückstellungen im Straßenbau und zirka 3,6 Millionen durch Kürzung von Bezügen und Ruheentzügen der Heeres- und Marineangehörigen aufgebracht werden. Über das Schicksal dieser Vorschläge derzeit etwas vorauszusagen, ist schwer. Es verlautet, daß die Regierung sich, abgesehen von generellen Kürzungen, die die verschiedenen Volksklassen gleichermaßen heranziehen sollen, mit dem Gedanken einer Sondersteuer für die Besitzer festverzinslicher Wertpapiere trägt — ausgehend von dem Gedanken, daß diese Rentnerschicht durch den allgemeinen Preisfall besonders begünstigt worden sei.

Wie dringend die sofortige Inangriffnahme des Budgetproblems ist, haben die abgelaufenen Wochen bereits mittelbar erkennen lassen. Denn der Eindruck, den die englischen Budgetschwierigkeiten im Ausland hervorriefen, dürfte eine, wenn auch nicht die einzige Ursache der ganz unerwarteten Erschütterungen gewesen sein, denen Englands Währung und Auslandskredit eine zeitlang ausgesetzt war. Die ganze zweite Julihälfte stand im Zeichen einer am 14. Juli überraschend gekommenen und trotz sogleich einsetzender Goldübertragungen zunächst hartnäckig anhaltenden Abschwächung des Pfundes gegenüber den meisten anderen wichtigen Devisen. Die Relation gegenüber dem

französischen Franken ging auf 123 (Parität: 124, 21) zurück und lag längere Zeit hindurch unter dem oberen Goldpunkt. Über die Entwicklung des Pfundkurses in New York unterrichtet das vorstehende Schaubild.

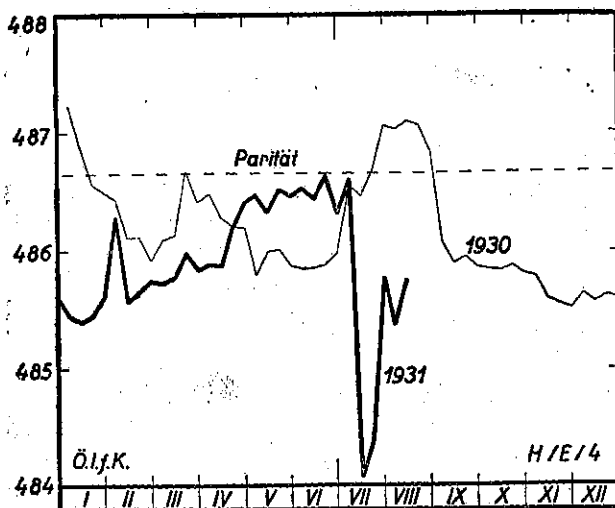
Die starke Einbuchtung der Linie für 1931 zu Mitte Juli bezeichnet den am 14. Juli eingetretenen Rückschlag von 486,60 auf 484,095 (Parität: 486,65), dem sodann eine nur teilweise Erholung folgte.

Die nächste Wirkung dieser Kursentwicklung war, daß die Bank von England sich zu großen Goldabgaben genötigt sah. Während im Juni unter der Nachwirkung der gewaltigen Kredit- und Devisenabzüge aus Deutschland auch die Bank von England noch einen beträchtlichen Goldzustrom zu verzeichnen hatte, änderte sich ab Mitte Juli das Bild völlig. Die Spalte 1 der auf Seite 145 wiedergegebenen Tabelle der englischen Wirtschaftszahlen zeigt für die ersten drei Juliwochen einen Abstrom von über $10\frac{1}{2}$ Millionen Pfund. Die weitere Entwicklung war nach den bisher vorliegenden Daten:

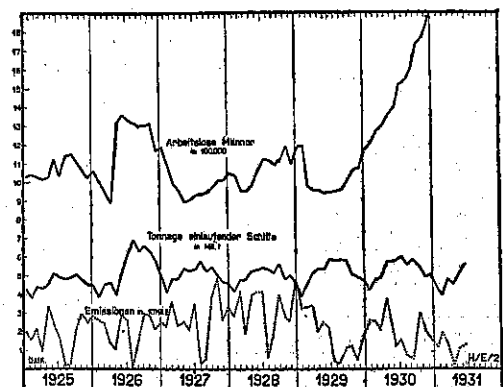
24. bis 30. Juli . . .	Nettoausgang:	12,23	Millionen Pfund
31. Juli bis 6. August	"	0,55	" "
7. bis 13. August . .	Nettozugang:	0,13	" "

Insgesamt hat somit die Bank von England seit Anfang Juli über 22 Millionen Pfund an Gold verloren: an einem einzigen Tage — 23. Juli, *nach* Erhöhung der offiziellen Diskontrate um ein volles Prozent! — betrug der Goldverlust der Bank 5,33 Millionen Pfund. Der größte Teil des abeströmten Goldes ist nach Paris gewandert. In Frankreich scheint Mitte Juli ein gewisses Mißtrauen in die englische Wirtschaftsentwicklung aufgeflackert zu sein, das sich dann auf andere Länder, insbesondere Holland und die Schweiz, weiterverbreitet hat. Von französischer Seite erfolgten in London in der zweiten Julihälfte Kündigungen und Abzüge von Guthabungen in einem Ausmaß, daß die Kreditbasis der englischen Wirtschaft eine

Kursbewegung der Devisen London in New York
ab Jänner 1930.



Wirtschaftskurven für Großbritannien.



empfindliche Schwämerung erlitt. Es hieß, daß diese Entwicklung letzten Endes auf die deutschen Schwierigkeiten zurückzuführen sei; man wußte in französischen Wirtschaftskreisen, daß englische Banken und Bankhäuser beträchtliche Außenstände in Deutschland hatten und befürchtete, daß eine längere Dauer der deutschen Krise zu Liquidationsschwierigkeiten bei englischen Instituten führen könne. Doch wurden abermals Stimmen laut, die hinter den französischen Goldabzügen politische Motive vermuteten.

Verteilung des britischen Goldexportüberschusses nach Empfangsländern *)
(in Millionen Pfund).

Land	16. Juli bis 23. Juli	24. Juli bis 30. Juli	31. Juli bis 6. August	7. August bis 13. August
	Betrag	Betrag	Betrag	Betrag
Frankreich . . .	5·05	16·31	1·26	0·18
Niederlande . . .	3·85	6·39	0·84	2·53
Belgien	0·55	0·59	1·25	0·48
Schweiz	0·24	0·08	0·15	0·09
Sonst. Länder	-3·31†)	-1·65†)	-2·02†)	-2·13†)

*) Nach den Aufstellungen des Statistical Departement of M. H. Customs and Excise.
†) Import per Saldo.

Die Tabelle zeigt, daß der Anteil Frankreichs um die Monatswende, absolut und verhältnismäßig, rapid zurückging. In der Tat ist der Abzug von Reserven, den die-englische Wirtschaft durch Frankreich erlitten hat, schließlich von Frankreich selbst aufgehoben worden, zunächst dadurch, daß die Bank von Frankreich sich zu Interventionskäufen von Pfund Sterling zwecks Stützung des Pfundkurses entschloß, sodann durch einen Rediskontkredit von 25 Millionen Pfund, der der Bank von England von dem französischen Noteninstitut gleichzeitig mit einem gleichhohen Kredit der Federal Reserve-Bank gewährt wurde. Man erblickt in dem am 4. August nach längeren Verhandlungen zustande gekommenen Kreditabkommen ein Anzeichen dafür, daß die beiden Noteninstitute das Mißtrauen gegen die englische Wirtschaftszukunft nicht teilen, jedenfalls aber der Ansicht sind, daß weitere Erschütterungen des Pfundkurses von den übelsten Wirkungen für die eigene nationale Wirtschaft wären. Die unmittelbare Folge des Kreditabkommens war, daß der Goldabstrom nach Frankreich zum Stillstand kam. Hingegen hat sogar das Bekanntwerden des Kreditabkommens nicht hingereicht

Englische Wirtschaftszahlen 1929 — 1931

Zeit	Goldbewegung ²⁾ in 1000 Pf. Strl.	Kapitalmarkt							Preise und Löhne			Außenhandel			Produktion u. Beschäftigung				
		Börse ³⁾		Zins ³⁾		Clearing		Emissionen	Großhandel ⁴⁾		Ausfuhr von Fertigfabrikaten	Einfuhr von Rohstoffen	Eisenbahnentnahmen a. d. Güterverkehr	Kohlenförderung	Roheisenproduktion	Untersützte Arbeitlose ⁵⁾			
		Index von		Index für kurzfristiges Geld		London Bankers Clearing House London			Gesamtindex	Industriestoffe							Neuer Wochenlohnindex	Mill. Pf. Strl.	
		92 Industrieaktien	Index des Ft. Trades (retroakt. Werts)	1924 = 100	3-Monatsgeld	3-Monatsgeld	Mill. Pf. Strl.	Mill. Pf. Strl.			1924 = 100	1924 = 100	12	13	14	15		16	17
1929							*				*								
Juli	-14347	138	104·0	160	5·33	2370	2510	22·2	82·7	79·2	99·5	53·2	51·1	22·9	26·5	9·05	18·9	607	1178
August	6617	142	106·2	156	5·47	2250	2560	3·6	81·8	79·1	99·5	50·8	48·8	24·7	31·1	8·82	20·3	616	1198
Sept.	5615	144	107·0	157	5·49	2410	2510	2·7	81·7	79·5	99	42·2	41·7	24·2	30·9	8·88	20·4	620	1204
Okt.	1346	135	106·5	189	6·22	2440	2530	11·5	81·9	79·1	99	50·3	47·7	27·3	26·8	9·69	20·6	622	1254
Nov.	2315	121	106·3	177	5·66	2450	2530	12·9	80·6	78·0	99	48·6	49·0	30·0	25·7	9·33	21·3	589	1326
Dez.	12035	121	105·8	151	4·80	2170	2320	5·2	79·7	77·1	99	44·6	46·2	31·2	25·5	8·24	20·9	581	1344
1930																			
Jänner	3953	124	104·7	136	4·11	2340	2240	16·9	78·8	76·3	99	44·7	42·9	30·1	24·6	9·13	22·1	587	1521
Februar	1071	119	104·2	125	3·96	2460	2280	26·2	76·9	74·7	98·5	41·2	42·6	24·0	22·9	8·41	22·1	607	1583
März	4794	116	102·0	104	3·03	2770	2630	26·3	74·9	73·4	98·5	42·5	40·9	24·1	23·8	8·92	21·5	601	1694
April	7126	120	99·7	82	2·49	2340	2280	21·3	74·4	72·6	98·5	36·7	39·1	20·7	21·0	8·19	19·9†	578	1761
Mai	6628	119	101·7	65	2·14	2360	2360	37·9	73·4	71·5	98·25	39·8	40·8	23·1	24·6	8·65	19·3	555	1856
Juni	73	112	102·4	71	2·33	2430	2300	13·2	72·6	70·4	98·25	33·8	36·2	20·4	23·6	7·27	18·0†	526	1911
Juli	4438	112	100·4	69	2·37	2150	2280	16·4	71·7	69·2	98·25	39·7	38·1	19·1	22·1	8·20	16·9	439	2070
August	2458	106	100·9	69	2·29	2100	2400	6·6	70·9	68·2	98·25	33·1	31·8	17·5	22·0	7·54	18·6	376	2119
Sept.	548	110	100·4	65	2·09	2340	2430	5·0	69·5	67·0	98·25	32·0	31·7	16·5	21·1	8·17	18·2	397	2189
Okt.	4770	103	98·7	65	2·11	2220	2300	30·5	68·0	65·4	98·25	35·9	34·0	18·1	17·8	8·76	18·7	375	2319
Nov.	5020	105	96·3	70	2·23	2070	2140	19·9	67·4	64·7	98·25	32·7	33·0	16·5	14·2	8·18	19·8	358	2369
Dez.	8004	99	96·9	66	2·30	2150	2290	15·8	65·5	63·3	98·25	27·6	28·6	20·6	16·8	8·11	18·7*	317	2500
1931																			
Jänner	7579	96	96·8	68	2·17	2210	2110	12·3	64·3	62·4	98·25	28·7	27·6	17·9	14·6	7·99	18·4	305	2663
Februar	622	94	101·8	76	2·52	2060	1950	19·6	63·9	62·1	97·75	24·0	24·9	13·3	12·6	7·37	19·2	320	2697
März	2766	96	100·6	75	2·62	1960	1860	13·4	63·7	62·1	97·75	25·6	24·6	15·1	14·9	8·01	18·2	323	2666
April	2684	94	99·9	75	2·61	2270	2210	1·7	63·6	61·5	97·00	24·3	25·9	15·5	15·8	7·49	18·2*	302	2593
Mai	4712	89	97·6	68	2·26	1980	1980	11·0	62·8	60·1	97·00	26·0	26·6	14·6	15·5	8·18	18·2	313	2578
Juni	11415	82	96·0	60	2·12	2196	2080	12·8	62·1	59·1	97·00	21·7	23·2	14·1	16·3	8·18	16·9	302	2707
Juli	-10544*	86	98·7	62	2·14														

* Von Saisonschwankungen bereinigt. — ¹⁾ Netto-Zu- (+) und -Abfluß (-) bei der Bank von England in 1000 Pf. Strl. — ²⁾ 15. des Monats. — ³⁾ Woche vor dem 15. — ⁴⁾ Monatsdurchschnitt. — ⁵⁾ Am 25. des Monats; Arbeitslosenversicherungspflichtige. — * Vorläufige Ziffer. — † 4 Wochen ausschließlich der Bankfeiertagswoche.

Nach dem „Monthly Bulletin“ des „London and Cambridge Economic Service“.

um das Pfund vor neuen Stößen sicherzustellen, da gleich nach Abschluß der Vereinbarungen die Devisen London abermals eine vorübergehende Abschwächung gegenüber Paris und New York erlitt.

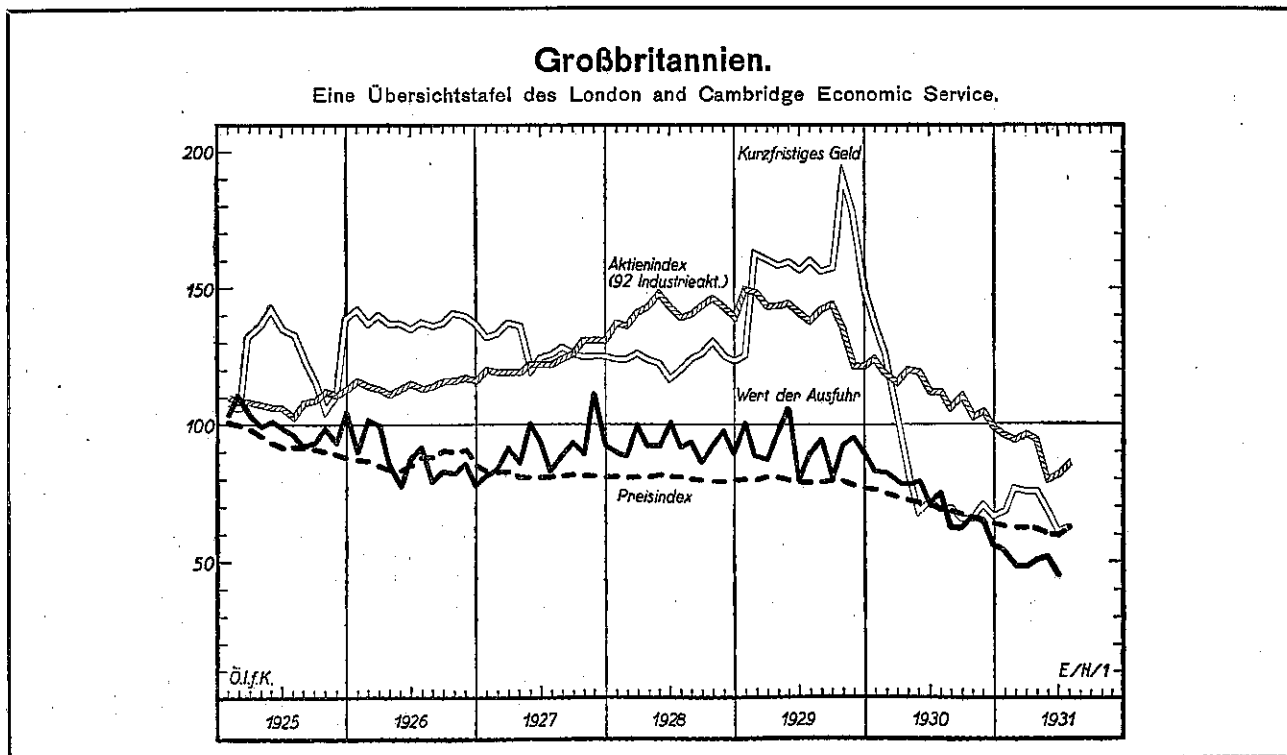
Es ist klar, daß in diesen gefahrvollen Wochen, der seit 14. Mai herrschende offizielle Zinsfuß von $2\frac{1}{2}\%$, der auch schon vor dem 14. Juli Bedenken erregte, nicht aufrechterhalten werden konnte. Am 23. Juli wurde die Bankrate auf $3\frac{1}{2}\%$ heraufgesetzt; schon eine Woche später erfolgte eine weitere Erhöhung auf $4\frac{1}{2}\%$. Bemerkenswert ist, daß zum erstenmal seit Bestehen der Currency and Bank Notes Act von 1928 von der in diesem Gesetz vorgesehenen Möglichkeit einer Erhöhung des fiduziären Notenumlaufs Gebrauch gemacht wurde. Da die Bank von England auch nach dem französisch-amerikanischen Kredit mit der Möglichkeit von Goldverlusten rechnete, jedoch eine Drosselung der Umlaufmittelmengen — die in diesem Falle hätte erfolgen müssen, um das derzeit festgesetzte Notenkontingent des ungedeckten Umlaufs von 260 Millionen Pfund nicht zu überschreiten — auf jeden Fall vermeiden wollte, ließ sie sich vom Schatzamt die Ermächtigung zur Erweiterung ungedeckten Notenkontingentes um 15 Millionen Pfund auf drei Wochen erteilen.

Daß die Devisen eines Landes von der wirtschaftlichen Kraft und Bedeutung Großbritanniens, trotz Goldwährung und freiem Spiel der Goldpunkte, mehrere Wochen hindurch gefährdet war

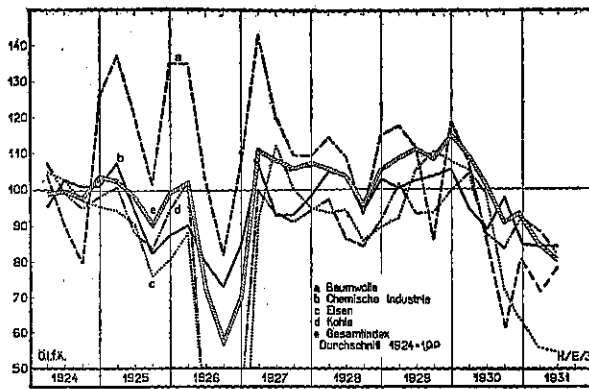
und schließlich stützungsbedürftig wurde, hat allgemeines Aufsehen erregt. Das Ergebnis der geschilderten Ereignisse wird man wohl dahin zusammenfassen können, daß Großbritannien aus der beherrschenden Position, die es einst auf den internationalen Geldmärkten innehatte, noch weiter zurückgedrängt worden ist.

An der *Börse* setzten sich die rückläufigen Bewegungen fort. Der Index der Industriek Aktien an der Londoner Börse zeigte zunächst einen scharfen Rückgang. Er erreichte im Mai mit 80 einen nie verzeichneten Tiefstand, worauf eine geringfügige Erhöhung (Juni 82, Juli 84) folgte, die hauptsächlich auf den Vorschlag des Präsidenten Hoover betreffend den Aufschub der Reparationszahlungen zurückzuführen ist.

Die *Unternehmungstätigkeit* hat weiter nachgelassen. Die Emissionsstatistik weist für Juni — also *nach* der Senkung des Bankzinsfußes auf den Rekordtiefstand von $2\frac{1}{2}\%$ — insgesamt 12·7 Millionen Pfund aus; im Juli wurden sogar nur 5·17 Millionen, davon nicht einmal die Hälfte für das Inland, emittiert. Der vierteljährliche Gesamtindex der *Produktion* ist von dem außerordentlich tiefen Stand von Ende März (85·1) noch weiter auf 80·5 für Ende Juli gesunken. Innerhalb einzelner Güterklassen ist besonders der scharfe Rückgang im Bau von Eisenbahnfahrzeugen von 104·9 Ende März auf 75·7 Ende Juli bemerkenswert; noch im Durchschnitt 1930 hatte dieser Index 167·7 (Durch-



Entwicklung der Produktion in Großbritannien.



schnitt 1924=100) betragen. Leichten Besserungen im Produktionsindex einiger Rohstoffe — Kupfer, Blei, Zinn, Zink und Baumwolle — steht diesmal ein ziemlich beträchtlicher Rückgang der Lebensmittelproduktion (Gruppenindex 103·8 Ende Juli gegen 115·3 Ende März) gegenüber. Die paradoxe Situation — die derzeit freilich in den meisten Ländern zu beobachten ist und die gegenwärtige Depression gegenüber früheren Depressionsperioden hauptsächlich charakterisiert — daß Anlagemarkt und Produktionstätigkeit selbst von den stärksten Preis- und Zinssenkungen monatelang nicht den geringsten Auftrieb erfahren, trat, wie man sieht, auch in England das ganze erste Halbjahr 1931 hindurch aufs grellste in Erscheinung und führt dort unter anderem dazu, daß immer wieder, bald versteckter, bald offener, der Wunsch nach Ankurbelung der Produktion durch Krediterweiterung hörbar wird. Hierbei wird gelegentlich auch die Frage wieder aufgeworfen, ob die Geld- und Umlaufmittelpolitik der Notenbanken im allgemeinen und das in England seit 1925 herrschende Währungs- und Kreditsystem im besonderen für die Stagnation mitverantwortlich sei. Es ist hier nicht der Ort, auf den kürzlich erschienenen Bericht des Expertenkomitees, das seit November 1929 unter der Leitung Lord Macmillans die Eignung des englischen Bank- und Kreditsystems zur Erfüllung seiner Aufgabe zu prüfen hatte, kritisch einzugehen; der Bericht sei hier nur als ein Beispiel dafür erwähnt, daß die Mißstimmung, man kann wohl sagen: Verzweiflung der englischen Wirtschaftskreise über die Preisentwicklung seit 1928 bereits zu einem Wiederaufrollen der seit 1925 verstummten Frage nach den zweckmäßigsten Grundlagen des britischen Geld- und Bankwesens geführt hat. In der Antwort, die der Bericht auf diese Frage gibt, ist ein gewisser Zwiespalt unverkennbar. Einerseits verwarft sich der Bericht entschieden dagegen, an dem Goldstandard rütteln zu wollen; aber die

Veränderungen, die er für das britische Geldwesen empfiehlt — Abschaffung der starren Notenkontingentierung und Übergang zu einem System wechselnder, von Zeit zu Zeit je nach dem erfahrungsgemäß konstatierten Bedarf der Wirtschaft festzusetzender Maximalbeträge an ungedeckten Noten; Zusammenlegung der Bankabteilung und der Emissionsabteilung bei der Bank von England; Freimachung des bisher zwecks Notendeckung bei der Bank von England „immobilisierten“ Goldes für internationale Zahlungsoperationen — würden eine starke Lockerung der bisherigen engen Bindung des englischen Kreditvolumens an die Goldgrundlage, eine weitgehende Manipulierbarkeit des Geld- und Kreditmarktes und damit doch wohl ein ganz wesentliches Abweichen von den bisher festgehaltenen Grundlagen bedeuten.

Der Gedanke einer Rationalisierung der Industrie durch Zusammenlegung und Kartellierung, der sich in England langsamer durchsetzt als in manchen anderen Ländern, hat, wie es scheint, in zwei Industriezweigen an Boden gewonnen. Einmal in der Baumwollindustrie, wo die Situation durch den abermaligen Rückgang des Baumwollpreises auf einen seit 1899 nicht erlebten Tiefstand eine neue Verschärfung erfahren hat. In einem vor kurzem erschienenen Gutachten des Vereinigten Ausschusses der Baumwollwirtschaftsverbände wird die derzeitige Kapazitätsausnutzung der Lancashirer Baumwollindustrie für die Baumwollspinnerei mit 55%, für die Baumwollweberei mit 50% angegeben. Zur Beseitigung dieser Überkapazität fordert die Denkschrift zunächst Einführung einer Produktionsumlage, sodann aber Zusammenschluß der in Frage kommenden Werke, und zwar durch gesetzliches Zwangssyndikat, da, wie der Bericht ausführt, freiwillige Abmachungen sich als wirkungslos erwiesen hätten. — In der Kohlenproduktion ist die Ansicht, daß nur eine starke Konzentration die Rentabilität wiederherstellen kann, bereits ziemlich weit verbreitet und die Reorganisationsbestrebungen haben hier durch das Kohlengesetz von 1930 einen starken Antrieb erfahren. Die durch dieses Gesetz bestellte Reorganisationskommission hat nunmehr weitgehende Vorschläge für den Zusammenschluß aufgestellt, die darauf hinauslaufen, daß die gesamten britischen Kohlenzechen in sechs große regionale Konzerne zusammengefaßt werden sollen.

Was die *Preisbewegung* betrifft, so hat der Gesamtgroßhandelsindex des Board of Trade einen neuen Rückgang auf 62·1 für Juni erfahren. An der Abschwächung ist diemal nur der Index der Produktivgüter beteiligt (Mai 60·1, Juni 59·1), während

der Großhandelsindex der Lebensmittel für Mai eine kleine Steigerung auf 68.1 aufwies und im Juni unverändert blieb. Die gesamte Preissenkung in der Zeit vom Oktober 1929 bis Mitte Juni 1931 wird mit 25% angegeben, wobei die Produktionsgüterpreise um ein geringes stärker fielen als die Lebensmittelpreise.

Die überaus traurige Lage des *Arbeitsmarktes* hat auch im zweiten Quartal kaum eine Besserung erfahren. Zwar trat im April und Mai, wie die Tabelle auf Seite 145 zeigt, zum erstenmal seit Juni 1929 ein kleiner saisonmäßiger Rückgang ein, aber schon im Juni war der Stand der unterstützten Arbeitslosen mit ca. 2.71 Millionen sogar etwas höher als im März. Bemerkenswert ist das diesmal ganz besonders scharfe Ansteigen der Arbeitslosenzahl im Kohlenbergbau vom Mai zum Juni sowie der Wiederanstieg der Arbeitslosenziffer im Baugewerbe in derselben Zeit.

Der britische *Export*, den man gelegentlich das Rückgrat der britischen Wirtschaft genannt hat, ist weiter empfindlich zurückgegangen. Besonders hervorzuheben ist der scharfe Rückgang des Wertes der Fertigwarenausfuhr im Juni auf 21.7 Millionen (Mai 26.0 Millionen). Diese Ziffer ist nicht nur die niedrigste, die in der ganzen Nachkriegszeit zu verzeichnen war, sondern es war sogar in den Vorkriegsjahren seit 1906 der Wert der englischen Fertigwarenausfuhr niemals auf einem so tiefen Stand wie im Juni 1931.

UNGARN.

Von der Welle der Kreditkündigungen, die nach Bekanntwerden der Schwierigkeiten der Österreichischen Creditanstalt Mitteleuropa heimsuchte, ist auch Ungarn nicht verschont geblieben. Anfangs Juli nahmen die Kündigungen zeitweilig einen bedrohlicheren Charakter an, da man im Auslande befürchtete, daß die Vorgänge beim Wiener Haus

Rothschild auf die von ihm gegründete Ungarische Allgemeine Kreditbank rückwirken könnten. Noch waren diese Gefahren nicht ganz gebannt, als die Zahlungseinstellung der Darmstädter- und Nationalbank die ungarischen Wirtschaftsführer vor schwerwiegende Fragen stellte. Während in Österreich von einschneidenden Vorbeugungsmaßnahmen abgesehen werden konnte, glaubte die ungarische Regierung es nicht auf eine Probe ankommen lassen zu dürfen und verordnete die Schließung sämtlicher Banken und der Börse zunächst auf drei Tage. Die Sperre der Banken wurde unter allmählichen Lockerungen mehrmals, zuletzt bis zum 14. August verlängert. Gleichzeitig wurde eine scharfe amtliche Devisenbewirtschaftung eingeführt. Die Beschränkung des Zahlungs- und Überweisungsverkehrs war ebenso wie in Deutschland sehr einschneidend, da mit gewissen Ausnahmen im Juli nur über 5% und dann in der ersten Augushälfte wieder nur über 5% der Guthabungen verfügt werden durfte. Nach allen bisherigen Berichten ist die Rückkehr zum freien Zahlungsverkehr völlig reibungslos und ohne übermäßige Abhebungen vonstatten gegangen.

Zum ruhigen Verlauf des Überganges hat offensichtlich die gleichfalls am 14. August verfügte Einführung der Goldpengőrechnung beigetragen. In der Verordnung ist festgesetzt, daß alle bisher geschlossenen privatrechtlichen Geldverpflichtungen einschließlich der Einlagen, Kontokorrente und Scheckguthaben als in Goldpengő festgesetzt zu betrachten sind, wobei die Nationalbank das Verhältnis von Pengő und Goldpengő jeweils festzusetzen haben wird. Der unmittelbare Zweck der Verordnung, die Bank- und Sparkasseneinleger wegen eventueller Währungsverluste zu beruhigen, ist, wie es scheint, erreicht worden.

Dennoch ist es zweifelhaft, ob sich die Regierung schon jetzt zur Freigabe des Zahlungsverkehrs entschlossen hätte, wenn es ihr nicht

